

Jan Gerber

## **Deutsche Selbstfindung. Israel und die radikale deutsche Linke – ein Überblick**

*Vortrag vor der Sommerakademie der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Sommer 2004,*

*in: Rosa Luxemburg Stiftung (Hrsg.): Beiträge zur Ferienakademie 2004, Berlin 2005*

Wer über das Verhältnis der radikalen deutschen Linken zu Israel spricht, referiert damit notgedrungen auch über linken Antisemitismus. Der Grund: Antisemitismus von links äußert sich seit der Gründung Israels vor allem im Zusammenhang mit dem jüdischen Staat, in Kommentaren zur israelischen Politik und in der Auseinandersetzung mit dem Zionismus. Seit dem Beginn der 90er Jahre wird in Vortragsreihen, Aufsätzen und Büchern zwar zunehmend kritisch auf den linken Antisemitismus verwiesen. In weiten Teilen der radikalen Linken gilt diese Kritik jedoch auch weiterhin als Nestbeschmutzung. Henryk M. Broder äußerte bereits 1986 Unverständnis über solche Reaktionsmuster: »Warum sollen Linke, die ebenso wie alle anderen ihre Frauen prügeln, besoffen Auto fahren, Intrigen spinnen und in ihren Organisationen weniger Beitrag zahlen, als sie es eigentlich sollten, warum sollen Linke, die denselben Wohnküchenmief mit sich herumschleppen wie jeder Kegelbruder und Stammtischstrategie, ausgerechnet in ihrer Einstellung zu Juden die besseren, die anständigeren Menschen sein?« [1]

Broder hat mit dieser Aussage zugleich Recht und Unrecht. Er hat Recht, weil die radikale Linke in der Tat keine feste Bastion gegen Antisemitismus war und ist; und er hat Unrecht, weil er den linken Antisemitismus auf ein individuelles Denk- und Verhaltensmuster reduziert. Solche Reduktionen finden sich in kritischen Auseinandersetzungen mit dem Israelbild der radikalen deutschen Linken immer wieder – und sie dürften zugleich einer der Gründe dafür sein, warum diese Kritik so wirkungslos bleibt. Denn: Linker Antisemitismus ist nicht nur ein individueller Spleen einzelner Autonomer, Antiimps, Traditionsmarxisten usw.; er steht vielmehr im Zusammenhang mit den zentralen weltanschaulichen Prämissen eines großen Teiles der radikalen Linken. Im Folgenden soll daher zunächst ein chronologischer Überblick über das Verhältnis der radikalen deutschen Linken zu Israel geboten werden, um daran anschließend die weltanschaulichen Prämissen zu skizzieren, die diesen Umgang lange Zeit prägten und vielfach noch immer prägen.

### **1. Israel und die radikale deutsche Linke**

Anders als von Vertretern der radikalen deutschen Linken seit den späten 60er Jahren immer wieder behauptet, war Israel nicht »von Anfang an« als »Brückenkopf des US-Imperialismus im Nahen Osten« konzipiert. Die jüdische Nationalbewegung und der entstehende israelische Staat konnten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht zuletzt auf die Unterstützung der Sowjetunion bauen, die ihre Position zum Zionismus unter dem Eindruck der Massenvernichtung der europäischen Juden grundlegend geändert hatte. Im November 1947 sprach sich Andrej Gromyko, zur damaligen Zeit Vertreter der Sowjetunion bei den Vereinten Nationen, in einer emotionalen Rede für die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina

aus: »Es kann ohne jede Übertreibung gesagt werden,« so Gromyko, »dass die Leiden und das Elend des jüdischen Volkes über jede Beschreibung hinausgehen. [...] Es ist Zeit, den Juden zu helfen, nicht in Worten, sondern in Taten [...] Die Tatsache, dass kein einziger westeuropäischer Staat in der Lage gewesen ist, die elementaren Rechte des jüdischen Volkes zu verteidigen [...], erklärt die Aspirationen der Juden auf einen eigenen Staat. Es würde ungerecht sein, dies nicht in Rechnung zu ziehen und dem jüdischen Volk das Recht zu bestreiten, eine solche Aspiration zu verwirklichen.« [2] Diese Sichtweise prägte zunächst auch die Position der moskauhörigen KPD, der wohl einzigen bedeutenden linksradikalen Organisation in den westlichen Besatzungszonen dieser Zeit, zu Israel.

Als sich das Verhältnis der Sowjetunion zu Israel angesichts des beginnenden Kalten Krieges Ende 1948 veränderte und in nahezu allen Staaten des Ostblocks Kampagnen gegen »Kosmopolitismus und Zionismus« durchgeführt wurden, wandelte sich auch das Israel-Bild der KPD. Die Zahlung von Entschädigungsleistungen an Israel, über die im März 1953 im Bundestag beraten wurde, wurde von der KPD, die in der ersten Legislaturperiode noch im Parlament vertreten war, prinzipiell abgelehnt. Oskar Müller, von 1949 bis 1953 Angehöriger der Bundestagsfraktion der Partei, benutzte in seiner Stellungnahme bereits die Phraseologie, die die Israel-Debatten des traditionsmarxistischen Spektrums und seit 1967 auch der undogmatischen radikalen Linken bis 1989/90 – und teilweise auch noch darüber hinaus – bestimmen sollte. Die USA, so Müller, wollten mit Hilfe der westdeutschen Warenlieferungen »den in ihren Händen befindlichen Staat Israel zur rüstungsmäßigen und operativen Basis für ihre aggressive Politik ausbauen«. [3]

Diese Position wurde jedoch nicht von allen Gruppierungen aus dem linksradikalen Spektrum geteilt. Bereits 1957 gründete sich an der Freien Universität Berlin die erste Deutsch-Israelische Studiengruppe (DIS), die inoffizielle Begegnungen zwischen Deutschen und Israelis organisierte. Diese Gruppe wurde seit ihrer Gründung vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), bis 1959 die Studierendenorganisation der SPD, gleichzeitig jedoch auch eine der Keimzellen der undogmatischen radikalen Linken, dominiert.

Die Positionen des SDS, der bereits im September 1951 erste Kontakte zu israelischen Partnern gesucht hatte, unterschieden sich zu diesem Zeitpunkt nicht sonderlich von denen linkschristlicher Gruppierungen. Publizisten beider Fraktionen, so Martin W. Kloke in einem seiner Aufsätze über das Verhältnis der deutschen Linken zu Israel, »heroisierten das fortschrittliche Aufbauwerk im ›antikolonialistischen Pionierstaat‹ Israel, redeten einem Jugendkult das Wort, glorifizierten das Militär als gesellschaftlichen ›Erziehungsfaktor‹ und leugneten einen Interessengegensatz zwischen israelischen Juden und palästinensischen Arabern«. [4] Eines der vordringlichsten Ziele zahlreicher linker und linksradikaler Zusammenschlüsse dieser Zeit war es, die Bundesregierung durch massiven öffentlichen Druck zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel zu bewegen. [5] Dieses pro-israelische Engagement wurde zugleich als Aufforderung zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Geschichte und dem restaurativen Klima der Adenauer-Ära begriffen.

Als sich die Kontakte zwischen Israel und der Bundesrepublik zu Beginn der 60er Jahre intensivierten und die offiziellen diplomatischen Beziehungen schließlich im Mai 1965 durch einen Notenaustausch zwischen Bundeskanzler Ludwig Erhard und dem israelischen Ministerpräsidenten Levi Eschkol aufgenommen wurden, deutete sich bereits an, dass ein Großteil der radikalen Linken sein Verhältnis zu Israel nicht zuletzt in stetiger Abgrenzung zu den offiziellen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Staat der Überlebenden des Holocaust definierte. Die linke und linksradikale Israel-Solidarität geriet in eine Existenzkrise. Die Parole »Solidarität mit Israel«, die in der Zeit des Sinai-Feldzuges und in den Folgejahren regelmäßig skandiert worden war, schien plötzlich nicht mehr als gleichzeitige Aufforderung zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der postfaschistischen deutschen Gesellschaft zu taugen. Bis 1967 wurde zwar weiterhin auf die historisch-moralische Notwendigkeit der Solidarität mit Israel verwiesen. Zahlreiche linksradikale Gruppierungen äußerten jedoch bereits verhaltene Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern und zeigten eine zurückhaltende pro-arabische Neutralität. [6]

Den endgültigen Wendepunkt in der linksradikalen Wahrnehmung des Nahost-Konfliktes bildete der im Juni 1967 begonnene Sechstagekrieg. Nach Ausbruch des Krieges organisierten mehrere Gruppierungen aus dem Spektrum der entstehenden Studentenbewegung und der Außerparlamentarischen Opposition (APO) zwar zunächst Solidaritätskundgebungen für Israel; Prominente wie Herbert Marcuse, Jean Améry, Ernst Bloch und Iring Fetscher kritisierten die anti-israelischen Vernichtungsdrohungen der arabischen Staaten. [7] Nicht zuletzt die konservative Berichterstattung über den Krieg sorgte jedoch für eine Beschleunigung der sich bereits seit dem Beginn der 60er Jahre abzeichnenden Wandlung des linksradikalen Verhältnisses zu Israel. Presseerzeugnisse des Springer-Verlages, in denen zu dieser Zeit eine beträchtliche Hetze gegen die Studentenbewegung betrieben wurde, erschienen wenige Tage nach der Erschießung Benno Ohnesorgs, einem Schlüsselereignis in der Geschichte der APO, mit der Schlagzeile »Sieg! Dajan – der Rommel Israels«. [8] Ulrike Meinhof, zum damaligen Zeitpunkt noch Chefredakteurin der Zeitschrift Konkret, dechiffrierte die plötzliche konservative und rechte Begeisterung für Israel zwar als Projektion autoritärer, militaristischer und antikommunistischer Sehnsüchte auf den jüdischen Staat und forderte in einer ihrer Kolumnen Sensibilität im Umgang mit dem Staat der Überlebenden des Holocaust. Die Solidarität der Linken mit den ehemals Verfolgten, so Meinhof, müsse auch den Staat Israel einschließen und dürfe sich nicht von den Sympathien der USA und der Bild-Zeitung vereinnahmen lassen. [9] Die Mehrheit der radikalen Linken war allerdings nicht mehr bereit, Israel und den Nahost-Konflikt vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus, des Holocaust und der arabischen Vernichtungswünsche zu betrachten.

Im September 1967 vollzog der SDS als eine der ersten Organisationen der Protestbewegung einen radikalen Kurswechsel. [10] Auf der 22. Delegiertenkonferenz des Bundes wurde erklärt: »Der Krieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn kann nur auf dem Hintergrund des antiimperialistischen Kampfes der arabischen Völker gegen die Unterdrückung durch den angloamerikanischen Imperialismus analysiert werden. [...] Der SDS verurteilt die israelische Aggression gegen die antiimperialistischen Kräfte im Nahen Osten.« [11]

Ab 1969 entstanden schließlich in zahlreichen Universitätsstädten Palästina-Komitees, deren Ziel in der Unterstützung der verschiedenen politischen Organisationen der Palästinenser bestand. Israel wurde von nun an nicht mehr als Staat der Überlebenden des Holocaust betrachtet; die Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern wurden nicht einmal mehr – wie u.a. von Jean Améry mehrfach vehement eingefordert [12] – als Kampf zweier nationaler Befreiungsbewegungen um das selbe Land wahrgenommen. Der Nahost-Konflikt wurde in das antiimperialistische Weltbild, ein duales Interpretationsschema, in dem antiimperialistische Befreiungsbewegungen und »der Imperialismus« einen Kampf zwischen Gut und Böse austrugen, eingeordnet. Israel galt ausschließlich als »Brückenkopf des US-Imperialismus im Nahen Osten« bzw. als »rassistisches und chauvinistisches Staategebilde«; den Israelis wurde unterstellt, sie seien selbst zu Faschisten geworden und würden die »Endlösung der Palästinenserfrage« betreiben. [13] Im Gegensatz dazu wurden die Palästinenser, ähnlich wie wenige Jahre zuvor der Vietcong, zum Hoffnungsträger der revolutionären Sehnsüchte der radikalen Linken. Innerlinke Kritik am Antizionismus, der Übertragung des antiimperialistischen Weltbildes auf den Nahost-Konflikt, wurde nicht bzw. kaum formuliert. Mit Ausnahme der wenigen politischen Organisationen, die sich an der Sowjetunion orientierten, unterstützten nahezu alle Gruppierungen und Strömungen der radikalen deutschen Linken, die sich zum Nahost-Konflikt äußerten, die palästinensischen Forderungen nach einer Zerstörung Israels. [14] Da Israel ein »kapitalistischer, kolonialistischer und rassistischer Staat« sei, so erklärten die Delegierten einer »Arbeitstagung antizionistischer Gruppen« im März 1971, sei seine »vollständige Zerschlagung« mittels eines »bewaffnete[n] Volkskrieg[es]« notwendig. [15] In der Abschlussresolution eines Palästina-Kongresses im November 1973 in Bonn wurde das Ziel festgeschrieben, »Zionismus und Imperialismus im Nahen Osten zu vernichten« [16], und bei einem der zahlreichen Versuche, die verschiedenen Palästina-Komitees, die seit Mitte der 70er Jahre zunehmend unter den Einfluss kommunistischer Kleinstparteien geraten waren, zu koordinieren, forderten die Vertreter der anwesenden Gruppierungen im Herbst 1977 die »vollständige Zerschlagung des zionistischen Staates in Palästina« [17].

Einen militanten Höhepunkt erlebte die israelfeindliche Palästina-Solidarität der 70er Jahre im Sommer 1976. Im Juni dieses Jahres brachte ein gemeinsames Kommando der Palästinensischen Befreiungsfront (PFLP) und der deutschen Revolutionären Zellen (RZ) ein französisches Verkehrsflugzeug, das mit 257 Passagieren auf der Route Tel Aviv-Paris unterwegs war, in seine Hand und veranlasste dessen Umleitung nach Entebbe in Uganda. Nachdem sich die Maschine eine Woche in der Hand der Entführer befand, wurde sie in der Nacht zum 4. Juli 1976 von einer israelischen Spezialeinheit gestürmt. Alle Geiselnahmer wurden erschossen, eine Geisel – die ehemalige KZ-Insassin Dora Bloch – verstarb während oder kurz nach der Befreiungsaktion unter bislang ungeklärten Umständen. [18]

Im Verlauf der Entführung hatte das Kommando die Trennung nicht nur der israelischen, sondern aller jüdischen Passagiere von den restlichen Insassen des Flugzeuges veranlasst. Während die nichtjüdischen Passagiere innerhalb weniger Tage freigelassen wurden, blieben die Fluggäste jüdischer Herkunft bis zur Erstürmung der Maschine in der Hand der Entführer.

Nach dieser Operation der PFLP und der RZ kam es innerhalb der radikalen Linken erstmals zu zaghaften Diskussionen über einen linken Antisemitismus und zu vorsichtigen Versuchen, den israelfeindlichen Konsens aufzubrechen. Diese Kritik, die anfangs nahezu ausschließlich von Linken jüdischer Herkunft formuliert wurde und vor allem in der liberalen Presse einen Widerhall erfuhr, wurde jedoch vom Großteil der radikalen Linken als Nestbeschmutzung empfunden. In der Zeitschrift der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), der Roten Fahne, wurde »dem Ministerpräsidenten von Uganda, seiner Exzellenz Idi Amin«, »uneingeschränkte Solidarität« erklärt [19], im Roten Morgen, dem Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) war die Rede von einem »faschistischen Aggressionsakt der israelischen Zionisten« [20], und eine Gruppe der Revolutionären Zellen verübte Brandanschläge auf Kinos, in denen ein Film über die Entführung gezeigt werden sollte [21].

Als die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) Ende der 70er Jahre zaghaft begann, diplomatische Initiativen anzuregen, zeigte die linksradikale Palästina-Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik erste Auflösungserscheinungen. Dieser Niedergang, der nicht nur mit der politischen Umorientierung der PLO, sondern zugleich mit dem beginnenden allgemeinen Niedergang der radikalen Linken korrespondierte, wurde zunächst durch den israelischen Libanonfeldzug im Juni 1982 aufgehalten. Nachdem israelische Truppen bis nach Beirut vorgedrungen waren, um die dort befindlichen Quartiere der PLO zu zerstören, ergingen sich die Vertreter zahlreicher linksradikaler Gruppierungen, Zeitungs- und Zeitschriftenprojekte in exzessiven Gleichsetzungen der israelischen Politik mit der politischen Praxis des Nationalsozialismus. Die zentrale bundesdeutsche Demonstration gegen die israelischen Operationen im Libanon im August 1982 in Frankfurt am Main stand unter dem Motto »Für Freiheit und Selbstbestimmung des palästinensischen und libanesischen Volkes und gegen den israelischen Vernichtungsfeldzug« [22]; Israel wurde beschuldigt, einen »Holocaust an den Palästinensern« durchzuführen; den israelischen Streitkräften wurde unterstellt, eine »Endlösung der Palästinenserfrage« zu betreiben [23].

Weitaus intensiver als in der Zeit nach der Entführung der Air-France-Maschine nach Entebbe und der dortigen Selektion jüdischer Passagiere im Sommer 1976 formierte sich in der Zeit des israelischen Libanonfeldzuges jedoch auch innerlinker Protest gegen entsprechende Kommentare zum Nahost-Konflikt, die Gleichsetzung der israelischen Politik mit dem Nationalsozialismus und die antiisraelischen Vernichtungsdrohungen. In Frankfurt hatte sich schon im Sommer 1981, nach der Bombardierung eines irakischen Forschungsreaktors durch die israelischen Luftstreitkräfte, ein Gesprächskreis um Micha Brumlik, Dan Diner, Detlev Claussen u.a. gebildet, in dem einerseits Kritik an der israelischen Politik, andererseits jedoch auch Vorwürfe an die Adresse der deutschen Palästina-Solidaritätsbewegung formuliert wurden; in der Tageszeitung (Taz), zum damaligen Zeitpunkt teilweise noch linksradikalen Positionen nahe stehend, wurden neben israelfeindlichen Kommentaren auch Forderungen nach historischer Sensibilität in der Bewertung des Nahost-Konfliktes veröffentlicht [24]; und Wolfgang Pohrt wies auf nationalistische Untertöne in der antiisraelischen Argumentation der radikalen deutschen Linken hin und outete die Gleichsetzung Israels mit dem

nationalsozialistischen Deutschland als Versuch der Aufrechnung der deutschen Verbrechen [25].

Von Einwüfen dieser Art vollkommen unbeeindruckt, erschien aus anarchistischen, autonomen und antiimperialistischen Kreisen nach wie vor der Ruf nach Gewalt gegen Israel und »zionistische Basen« in der Bundesrepublik. Nachdem ein Mitarbeiter der Berliner Taz für mehr Sensibilität im Umgang der deutschen Linken mit dem Staat der Überlebenden des Holocaust plädiert hatte, warfen Mitglieder einer selbsternannten »Antifaschistischen Aktionsgruppe« die Fensterscheiben seiner Wohnung ein und forderten seine Mitbewohner mit einem Graffito im Hausflur auf, den Journalisten, der als »Zionisten + Faschistenschwein« bezeichnet wurde, aus seiner Unterkunft zu vertreiben. [26]

Nach der Beendigung des Libanonkrieges nahm das nahostpolitische Interesse eines Großteils der radikalen deutschen Linken schlagartig ab. Je eindringlicher die PLO Verhandlungsbereitschaft mit Israel signalisierte, um so größere Probleme hatten die verschiedenen deutschen Solidaritätsgruppen, die zumeist an der martialischen Rhetorik und den bedingungslosen Maximalforderungen der 70er Jahre festhielten, bei der Gewinnung neuer Aktivisten. Zahlreiche Gruppierungen lösten sich auf, die verbliebenen Akteure drängten in isolierte Zirkel und pflegten zunehmend völkisch-nationalistische Denkweisen. Wenn die organisatorische Basis der Palästina-Solidaritätsbewegung somit auch im Schwinden begriffen war, fanden die Ideen der Palästina-Komitees allerdings einen Platzhalter in der autonomen Bewegung sowie den Antiimp-Gruppen, die ihre politische Arbeit freilich nicht mehr ausschließlich den Auseinandersetzungen im Nahen Osten widmeten.

Als sich palästinensische Jugendliche Ende 1987 im Gazastreifen und in der Westbank gegen die israelischen Militär- und Polizeikräfte erhoben und hiermit die so genannte erste Intifada begann, zeigte sich, dass die israelfeindlichen Ressentiments in der radikalen deutschen Linken weder verschwunden noch auf die Existenz eines breiten Spektrums von Palästina-Komitees angewiesen waren. Sie schienen, ähnlich wie 1982, lediglich ein Stimulans von Seiten der israelischen Politik zu benötigen um erneut hervorzubrechen. In der Berichterstattung, in linksradikalen Stellungnahmen und in Kommentaren zur Intifada wurde, wie bereits während der 70er Jahre und nach Beginn des israelischen Libanonkrieges 1982, nicht nur das Vorgehen der Israeli Defense Forces (IDF) in den besetzten Gebieten kritisiert. Bei einer Vielzahl der Solidaritätsveranstaltungen, die seit 1987 in zahlreichen Universitätsstädten durchgeführt wurden, bei Demonstrationen, auf Flugblättern und in anderen Publikationen wurden vielmehr abermals Gleichsetzungen von Zionismus und Nationalsozialismus betrieben und unverhohlene Forderungen nach der Zerschlagung des jüdischen Staates erhoben. In der Freiburger Autonomen-Zeitschrift Immer Rebellieren (Untertitel: Kampfblatt für den Aufstand) wurde erklärt »Das zionistische Staatengebilde ›Israel‹ [Israel in Anführungszeichen! J.G.] muss verschwinden!« [27]; Personen aus dem autonomen Spektrum gossen in mehreren Städten rote Farbe über Produkte aus Israel, die in verschiedenen Einkaufszentren angeboten wurden [28]; und in der Hamburger Hafenstraße, dem damals wohl bedeutendsten Treffpunkt der autonomen Szene der Hansestadt, schrieben

Bewohner in meterhohen Buchstaben die Parole »Boykottiert ›Israel! Waren, Kibbuzim und Strände. Palästina – Das Volk wird Dich befreien« an die Wand eines Hauses [29].

Die Diskussionen über die israelische Politik wurden somit zwar auch nach Ausbruch der Intifada von israelfeindlichen Positionen dominiert. Im Vergleich zur Situation während des Libanonkrieges wurden die Vertreter der Forderungen nach einem Ende der israelischen Staatlichkeit innerhalb der radikalen Linken jedoch nicht mehr nur vereinzelt angegriffen; die Kritiker hatten sich vielmehr zu einer »selbstbewussten Minderheit« entwickelt. [30] Die Freiburger Initiative Sozialistisches Forum (ISF) veröffentlichte Texte, in denen Antizionismus als »neuer Antisemitismus von links« bezeichnet wurde [31]; in Hamburg sagte sich die regionale Gruppe des Kommunistischen Bundes (KB) im Januar 1988 von einem Demonstrationsaufruf los, in dem Israel das Existenzrecht aberkannt wurde [32]; und in Bremen distanzierte sich die dortige KB-Gliederung von einer Demonstration, weil auch nach intensiven Diskussionen innerhalb des Vorbereitungsbündnisses nicht auf die Existenz innerisraelischer Kritik an der Besatzungspolitik verwiesen wurde [33].

Als im November 1989 die Mauer fiel, der Ostblock kurze Zeit später implodierte und eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten absehbar wurde, zeigte sich die radikale Linke zunächst paralysiert; das nahostpolitische Interesse ließ schlagartig nach. [34] Selbst über die noch immer nicht beendete Intifada, palästinensische Protestaktionen und israelische Polizei- und Militärmaßnahmen wurde in linksradikalen Medien nicht mehr oder nur noch am Rande berichtet. Erst im Verlauf der Irak-Kuwait-Krise und des Zweiten Golfkrieges 1990/91 wurden das Interesse an den Auseinandersetzungen im Nahen Osten sowie die antiisraelischen Ressentiments in weiten Teilen des linksradikalen Spektrums reaktiviert. [35]

Im Verlauf des Krieges verwandelte sich Hans-Christian Ströbele, damals Sprecher des Bundesvorstandes der Grünen, plötzlich vom Hassobjekt – er hatte sich kurz zuvor für die Bildung einer rot-grünen Koalition in Berlin eingesetzt – zur positiven Bezugsperson großer Teile der radikalen Linken. Der Grund: Ströbele hatte in einem Interview mit Henryk M. Broder erklärt, die irakischen Angriffe auf Israel seien »die logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Israels«. [36] Im traditionsmarxistischen, autonomen und antiimperialistischen Spektrum der radikalen Linken wurde zumeist nicht diese indirekte Rechtfertigung der irakischen Bombardements bzw. die damit verbundene Täter-Opfer-Umkehr kritisiert, sondern lediglich Ströbeles Entschluss, Broder ein Interview zu geben. [37] Die Mehrheit der radikalen Linken griff seine nachträgliche Verknüpfung der Kuwaitfrage mit den Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern affirmativ auf, bagatellierte die Gefährdung Israels oder schrieb die Schuld für die irakischen Angriffsdrohungen sowie die darauf folgenden Raketenangriffe auf den jüdischen Staat der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern und seinen arabischen Nachbarstaaten zu. Bei einer Demonstration gegen den Golfkrieg Anfang Februar 1991 in der Hamburger Hafenstraße wurde dementsprechend der Boykott Israels gefordert [38]; Traditionsmarxisten erklärten, für Marxisten sei das Existenzrecht Israels ein »absolutes Hindernis auf dem Wege der emanzipatorischen Lösung der palästinensischen und letztlich auch der jüdischen Frage« [39]; und selbst das Eintreten für eine Zweistaatenlösung sei »nichts als ein Versuch, die grundlegende Parteinahme für den

zionistischen Kolonialismus und gegen die Solidarität mit den unterdrückten Palästinensern zu verschleiern«. [40]

Nachdem der Krieg gegen den Irak bereits seit der Jahreswende 1990/91 von mehreren Prominenten aus dem linksliberalen Spektrum befürwortet worden war, äußerten sich nach dem Beginn der irakischen Raketenangriffe auf Israel erstmals auch Vertreter der radikalen Linken – zumeist aus dem Umfeld der Zeitschrift Konkret – zustimmend zu einem alliierten Militärschlag gegen das Regime Saddam Husseins. Bei einer Diskussionsveranstaltung Mitte Februar 1991 erklärte Konkret-Autor Eike Geisel, er könne nur hoffen, »dass das Regime von Saddam Hussein möglichst bald beseitigt wird und dass es anschließend eine Friedenskonferenz gibt« [41]; in der Märzausgabe der Konkret erklärte ihr Herausgeber Hermann L. Gremliza, dass am Golf »aus falschen Gründen und mit falschen Begründungen das Richtige getan zu werden scheint« [42]: Gefahr von Israel abgewandt; und ein Angehöriger der ISF führte aus: »Die Interessen der USA und ihrer Verbündeten mögen so imperialistisch sein, wie sie es auf jeden Fall sind – solange und insoweit diese Interessen die Verteidigung Israels gegen Angriffe mit deutschem Giftgas implizieren, stehen sie außerhalb jeder Kritik.« [43]

Als Yitzak Rabin und Yassir Arafat im September 1993 Dokumente über die gegenseitige Anerkennung Israels und der PLO unterzeichneten, ließ das israelpolitische Interesse der radikalen deutschen Linken erneut nach, und zahlreiche Beobachter erklärten, die antizionistische Linke habe sich »erledigt«. [44] Diese scheinbare Abkehr vom Antizionismus stand, wie Martin W. Kloke in einer Rückschau auf die linken Israel-Debatten der 90er Jahre durchaus richtig ausführt, im unmittelbaren Zusammenhang mit dem »äußeren Zerfall der radikalen Linken in Deutschland«, der Intensivierung der Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern sowie »kathartischen Binnenimpulsen«. [45] Trotz der weitgehenden Gleichgültigkeit gegenüber dem aktuellen Geschehen im Nahen Osten – der Wahlsieg Ehud Baraks etwa wurde in den linksradikalen Medien nahezu nicht kommentiert – zeigten weite Teile der radikalen, zunächst antinationalen und antideutschen Linken großes Engagement bei einer kritischen Auseinandersetzung mit den israelfeindlichen Aktivitäten der 70er, 80er und frühen 90er Jahre.

Mit dem Beginn der so genannten Al-Aqsa-Intifada im September 2000 wurde jedoch deutlich, dass die antiisraelischen Ressentiments in weiten Teilen der radikalen Linken keineswegs – wie Beobachter noch kurze Zeit zuvor gemutmaßt hatten – verschwunden waren. Im Vergleich zur ersten Intifada hatte sich die Situation im Nahen Osten und der Charakter der Auseinandersetzungen zwar deutlich verändert: Den Israelis standen seit dem Spätsommer 2000 nicht mehr nur steinewerfende Kinder, sondern auch gutausgebildete und schwerbewaffnete paramilitärische Einheiten gegenüber. Dennoch verwendeten weite Teile der radikalen deutschen Linken auch weiterhin die Stereotypen der Palästina-Solidaritätsbewegung der 70er und 80er Jahre. Die Ereignisse im Nahen Osten wurden als Auseinandersetzung zwischen der hochgerüsteten und brutalen israelischen Armee und »nur mit Steinen bewaffnete[n] Jugendliche[n]« [46] dargestellt; den Israelis wurden eine »maßlose Gewalteskalation« und »Kolonialpläne« [47] unterstellt; und Gewaltakte von palästinensischer

Seite wurden entweder als gerechtfertigte und logische Reaktion auf das israelische »Apartheid-System« [48] gewertet oder aber verschwiegen. Einwände gegen den Opfer- und Märtyrerkult auf Seiten der Palästinenser, die Instrumentalisierung von Kindern im Kampf gegen die Israelis oder die Zusammenarbeit der PLO mit der Hamas oder dem Islamischen Dschihad wurden nicht erhoben. In der Vierteljahresschrift Kalaschnikow wurde erklärt, man könne verstehen, dass der Vater eines getöteten palästinensischen Kindes öffentlich zu Rache und Vergeltung an den Israelis aufruft [49]; in der DKP-Zeitung Unsere Zeit (UZ) erörterte ein Autor, dass es zwar keine Entschuldigung für den kurz zuvor verübten Lynchmord an zwei israelischen Soldaten gebe, man dürfe jedoch nicht vergessen, »auf welchem Hintergrund die beiden israelischen Soldaten gelyncht wurden« [50]; und in der Jungen Welt wurde erklärt: »Wenn nur mit Steinen bewaffnete Jugendliche den Tod nicht mehr fürchten, dann müssen sie sich schon sehr gepeinigt und unterdrückt fühlen.« [51]

Trotz dieser grundsätzlichen Orientierung an den linksradikalen Interpretationsmustern des Nahost-Konfliktes der 70er und 80er Jahre schienen die Debatten um Antizionismus und linken Antisemitismus auch in der orthodox-marxistischen Fraktion der radikalen Linken sowie im Lager der Antiimps eine gewisse Wirkung hinterlassen zu haben. Offene Boykottaufrufe, völkische Blut-und-Boden-Romantik und Vergleiche der israelischen Politik mit dem Nationalsozialismus wurden in dieser Phase der Auseinandersetzungen wesentlich seltener als noch zehn oder fünfzehn Jahre zuvor benutzt. Sie waren jedoch nicht aus den Stellungnahmen und Kommentaren verschwunden, sondern wurden – wenn auch weniger vehement als in den 70er, 80er und frühen 90er Jahren – oftmals lediglich codiert wiedergegeben. So wurden die Israelis in den Wochen und Monaten nach Ausbruch der Al-Aqsa-Intifada zwar nur noch selten direkt und offen als Nazis oder Faschisten bezeichnet. Indirekt wurde allerdings oftmals angedeutet, dass starke Ähnlichkeiten zwischen der israelischen und der faschistischen Politik bestünden. Ein Autor der Tageszeitung Junge Welt versuchte Gemeinsamkeiten zwischen der US-amerikanischen Unterstützung Israels und ihrer Protektion »der Hitler-freundlichen Diktatoren Franco und Salazar« herauszuarbeiten und setzte das faschistische Spanien und die Diktatur Salazars in Portugal damit indirekt mit dem heutigen Israel gleich [52]; ein Vertreter der Gruppe Arbeitermacht behauptete, die Zionisten hätten die »angesichts der Geschichte makaberen Losungen« »Kauft nicht bei Arabern« und »Beschäftigt nur jüdische Arbeiter« zur Durchsetzung »eines spezifisch israelischen Apartheid-Systems« benutzt [53]; und ein Redakteur der Jungen Welt verzichtete zwar auf die Behauptung, Israel sei ein faschistischer Staat, erklärte jedoch, dass Israel auch nicht wirklich antifaschistisch sei: »Dass im Land der Auschwitz-Überlebenden und ihrer Nachkommen der Begriff ›Partisan‹ [ein Mitglied einer israelischen Institution soll die Palästinenser zuvor als Partisanen der arabischen Staaten bezeichnet haben; J.G.] zum Schimpfwort werden konnte, wo doch die europäische Partisanenbewegung entscheidend dazu beigetragen hat, den faschistischen Judenmördern ihr blutiges Handwerk zu legen, sagt einiges über das Selbstverständnis dieses Staates aus. Im aufrichtigen Sinn antifaschistisch kann es nicht sein.« [54]

Eine ähnliche Wandlung wie die Faschismusvorwürfe an Israel hatten auch die in den 70er, 80er und frühen 90er Jahren beliebten Forderungen nach der Beseitigung des jüdischen

Staates erfahren. Anstatt, wie noch zehn oder fünfzehn Jahre zuvor, offen nach dem Ende der israelischen Staatlichkeit zu verlangen, wurden moderater klingende Forderungen gestellt, deren Umsetzung allerdings ähnliche Resultate zur Folge hätte. »Wir [...] fordern die Freilassung aller revolutionären Gefangenen aus israelischen und palästinensischen Gefängnissen und das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge«, so formulierte die Berliner Gruppe Mücadele den in dieser Zeit beliebtesten Aufruf dieser Art. [55] Diese Forderung nach einem Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge und ihrer Nachkommen wurde nicht gegenüber einem potentiellen palästinensischen Staat erhoben – die Frage, wem dessen Behörden die Staatsbürgerschaft verleihen, wäre nicht Gegenstand von Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern, sondern müsste in innerpalästinensischen Diskussionen geklärt werden. Die Forderung richtete sich vielmehr an Israel in den Grenzen von 1967. [56] Selbst in politisch gemäßigten palästinensischen Kreisen wird daher anerkannt, dass dieses Verlangen, wie von Amos Oz dargelegt, einen »arabischen Euphemismus für die Liquidation Israels« darstellt. [57]

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und der israelischen Operation Schutzschild im März 2002 wurde allerdings auch auf solche Euphemismen verzichtet, und Traditions marxisten, Antiimps und Vertreter verschiedener autonomer Gruppen formulierten wieder offen und deutlich, was sie in den Monaten zuvor nur zaghaft angedeutet hatten. Die Palästinenser wurden mit den Aufständischen des Warschauer Ghettos verglichen [58]; ein Angehöriger der trotzkistischen Gruppe Arbeitermacht behauptete, die Israelis würden einen »Vernichtungskrieg« [59] führen; und Thomas Meyer-Falk erklärte, Scharon betreibe »Ausrottungspolitik« und plane die »Vernichtung der PalästinenserInnen« [60].

Selbst das Existenzrecht Israels, das in den Jahren zuvor zumeist nur noch in codierter Form in Frage gestellt wurde, wurde wieder offen und lautstark verneint: In der Jungen Welt wurde erklärt, eine jüdisch-palästinensische Koexistenz sei nur durch die Überwindung Israels möglich [61]; Mitglieder der Gruppe Arbeitermacht forderten einen Boykott israelischer Waren, riefen die arabischen Staaten »nicht nur zum Abdrehen des Ölhahns für den Westen auf, sondern auch zur Mobilisierung der Bevölkerung von Ägypten und Syrien und zur Bereitstellung von Waffen und Freiwilligen für die besetzten Gebiete« und verlangten schließlich: »Echte Waffen als Ersatz für Steine!« [62] Mit diesen Aussagen bestätigten sich die Befürchtungen derjenigen, die bereits Mitte der 90er Jahre gemutmaßt hatten, dass die Kritik am Antizionismus nicht zu einer Reflexion, sondern lediglich zu einer zeitweisen Veränderung von Sprachregelungen geführt habe.

## **2. »Arabien den arabischen Völkern«. Das antiimperialistische Weltbild**

Eine erste Grundlage für das Verständnis der israelfeindlichen Ausfälle der radikalen deutschen Linken bildet das antiimperialistische Weltbild. [63] Dieses dient dem Großteil der Bewegung seit Jahrzehnten als ideologische Basis zur Bewertung des gesamten Weltgeschehens. Zwar nahmen verschiedene Fraktionen der radikalen deutschen Linken nach 1989 zusehends Abschied von dieser starren und schematischen Weltsicht. Insbesondere in denjenigen Kreisen, in denen Israel auch nach dem Ende der Blockkonfrontation noch als Feindbild

fungiert – im traditionsmarxistischen, im antiimperialistischen und teilweise auch im autonomen Lager –, dient das antiimperialistische Weltbild jedoch auch weiterhin als Schablone für die Interpretation weltpolitischer Ereignisse.

Die Ursachen der einstmaligen Übernahme dieser einseitigen und klischeehaften Weltsicht sind nicht zuletzt im Niedergang der Protestbewegung zu suchen. So befand sich die radikale Linke seit dem Ende der 60er Jahre in einer tiefen Krise: Der erhoffte weltweite Umschwung war ausgeblieben, die Studentenbewegung zeigte deutliche Auflösungserscheinungen, und die zahllosen Versuche, die Arbeiterschaft für revolutionäre Veränderungen zu begeistern, waren fehlgeschlagen. Je unwahrscheinlicher die Revolution in den Metropolen wurde, umso verzweifelter wurden die revolutionären Sehnsüchte in andere Gegenden des Erdballs verlagert.

Während sich die Grenze zwischen »Unterdrückern« und »Unterdrückten« in den westlichen Industrienationen nicht mehr eindeutig ziehen ließ, konnte eine solche Einteilung in den Staaten der Dritten Welt anscheinend noch ohne größere Schwierigkeiten vorgenommen werden. Den »unterdrückten Völkern« als den Verkörperungen des Guten wurde hierbei »der Imperialismus« als Inkarnation des Bösen gegenübergestellt. Da sich der größte Teil der entsprechenden Gruppierungen in der Dritten Welt vor allem als *nationale* Befreiungsbewegung begriff, wurde soziale Emanzipation auch von weiten Teilen der radikalen deutschen Linken zunächst mit dem Erringen nationaler Souveränität gleichgesetzt. Bei der unkritischen Übernahme der ideologischen und propagandistischen Grundmuster der Guerillagruppierungen wurde allerdings zumeist übersehen, dass der Sieg solcher Organisationen nicht das Geringste mit sozialer Befreiung, der Abschaffung von Unterdrückung oder der Zerstörung patriarchalischer Herrschaftsformen zu tun hatte. Im Idealfall bildeten sich halbwegs stabile, semi-demokratische Staaten heraus; in der Regel entstanden jedoch offen terroristische Diktaturen, deren Eliten spätestens nach der Übernahme der Regierungsgewalt Abschied von den zuvor vertretenen emanzipatorischen Forderungen nahmen.

Herrschaft wird im Rahmen des antiimperialistischen Weltbildes somit in erster Linie als Fremdherrschaft imperialistischer Mächte über »unterdrückte Völker« wahrgenommen, Ausbeutung als fremde Machenschaft begriffen. [64] Der Imperialismus, so erklärten etwa die Revolutionären Zellen 1981, betreibe eine Politik, die, »um die Weltherrschaft zu erlangen, sich skrupellos über das Selbstbestimmungsrecht aller Völker hinwegsetzt und nicht davor zurückschreckt, Völkermord zu begehen« [65]; das Plenum der Hamburger Hafenstraße beendete ein Flugblatt im Februar 1991 mit der Parole »Arabien den arabischen Völkern« [66]; und in der Tageszeitung Junge Welt wurde noch 2001 erklärt, dass ein »fremdbestimmtes Regime« nicht anders könne, »als diktatorisch gegenüber der eigenen Bevölkerung zu agieren« [67].

Anders als Marx begreifen die meisten seiner leninistischen, maoistischen, antiimperialistischen und autonomen Epigonen Kapitalismus nicht als gesellschaftliches Verhältnis, sondern als Folge offener und verdeckter Repressionen eines Zusammenschlusses bössartiger Finanzkapitalisten. Für Hunger, Elend und Unterdrückung wird insofern weniger das

System der Wertvergesellschaftung verantwortlich gemacht, als ein »profitgieriges, menschenverachtendes Bonzenpack« [68], »der Mann im Weißen Haus« [69], die »Auftraggeber in den Banken und Konzernzentralen« [70] bzw. Demagogen, die »das Bewusstsein der Arbeiterklasse« zersetzen [71].

Diese Personalisierung von Herrschaft und Ökonomie findet ihre notwendige Ergänzung in der Verschwörungstheorie zur Erklärung des Weltgeschehens: Angesichts der Parteinahme von Autoren der Zeitschrift Konkret für bestimmte Elemente der russischen und der israelischen Politik mutmaßten Trotzlisten im Dezember 2000, »welche konkreten Allianzen hinter den Kulissen geschmiedet werden« [72]; die Sowjetunion, so wurde in der Zeitschrift Kalaschnikow erklärt, sei »verräterischen Machenschaften« erlegen [73]; und die nahostpolitischen Ereignisse seit dem Amtsantritt der Regierung Barak seien Folge einer Verschwörung des Militärs [74]: Die ehemaligen Generäle Scharon und Barak, so wurde behauptet, hätten bei den israelischen Wahlen im Februar des Jahres 2001 zusammengewirkt, »um sicher zu gehen, dass kein anderer, ziviler Kandidat, die Möglichkeit bekam, sich zur Wahl zu stellen«. [75]

In dieser Vorliebe für Verschwörungstheorien, in der Tendenz, Politik und Ökonomie zu personalisieren, im Verständnis von Herrschaft und Ausbeutung als fremden Machenschaften sowie in der dualistischen Einteilung der Welt in gut und böse weist das antiimperialistische Weltbild, wie von Thomas Haury bereits zu Beginn der 90er Jahre ausgeführt wurde, zahlreiche strukturelle Gemeinsamkeiten mit dem Weltbild des Antisemitismus auf. [76] Das erste zentrale Strukturmerkmal des Antisemitismus ist die strikt binäre Codierung der gesamten Welt: »Auf der einen Seite gibt es das wesentlich Böse, alle abgelehnten Phänomene werden ihm zur Last gelegt. Auf der anderen Seite steht das bedrohte, wesentlich Gute. Zwischen diesen unaufhebbaren Gegensätzen ist der existentielle Kampf unausweichlich: Entweder eigener Untergang oder endgültige Vernichtung, das sind die Alternativen. [...] Das zweite Strukturmerkmal der antisemitischen Ideologie ist die Personifizierung gesellschaftlicher Verhältnisse. Die Prozesse der zentralen gesellschaftlichen Bereiche [...] werden dem absichtsvollen Handeln konkreter Menschen zur Last gelegt. [...] Das notwendige Korrelat der Personifizierung bildet die Verschwörungstheorie. Wenn alles Böse in der Gesellschaft, ja in der ganzen Welt dem absichtsvollen Handeln von Menschen zugrunde liegt, so muss dahinter ein heimtückischer Plan, eine weltweite Verschwörung stecken.« [77]

Wird das antiimperialistische Weltbild schließlich auf den Nahost-Konflikt übertragen, weitet sich die strukturelle Ähnlichkeit zu einer inhaltlichen Übereinstimmung aus: [78] Aus den »Imperialisten und profitgeilen Kapitalisten«, denen im Rahmen der personalisierten Geschichtssicht die Schuld an sämtlichem Unglück der Welt gegeben wird, wird assoziativ und zwangsläufig der geldgierige und böartige Jude mit dem Namen Zionist; aus der Macht der bürgerlichen Presse wird die Herrschaft der jüdisch-zionistischen Presse; und das Verständnis von Herrschaft und Ökonomie als Verschwörungszusammenhang von Finanzkapitalisten reproduziert bei seiner Anwendung auf die Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und

Israelis schließlich die klassischen antisemitischen Stereotypen der versteckten Zersetzung und der jüdischen Weltverschwörung.

Zu den antisemitischen Stereotypen, die das antiimperialistische Weltbild bei seiner Anwendung auf den Nahost-Konflikt gezwungenermaßen reproduziert, gesellen sich schließlich nahezu zwangsläufig auch andere Formeln des klassischen Antisemitismus: Bei einer Tagung der Marx-Engels-Stiftung im Oktober 2001 sprach eine Referentin von der »wahrlich exzellenten israelischen Propagandamaschine«, die die »westlichen Medien unter ihren Fittichen« [79] habe; auf der Homepage der Gruppe Arbeitermacht wurde behauptet, der »Einfluss des Zionismus innerhalb der westlichen Arbeiterbewegung« habe dazu geführt, »dass das Abschlachten der Palästinenser durch Israel auf weitgehendes Stillschweigen in der Arbeiterbewegung und der Linken getroffen« sei [80]; und bei einer Veranstaltung des Palästina-Komitees München am 9. November (!) 2001 erklärte ein Vertreter des Podiums, dass er sich nicht »von Herrn Friedman die Meinung diktieren« lasse. [81] Ein Kritiker dieser und ähnlicher Ausfälle wurde von Teilen des Publikums als »jüdischer Meinungsdictator« beschimpft. [82] Damit wurde noch einmal bestätigt, was auch andere Aktivitäten der linksradikalen Feinde Israels – der versuchte Brandanschlag auf das jüdische Gemeindehaus in West-Berlin 1967, die Selektion jüdischer Passagiere in Entebbe 1976 usw. – nahe legen: Die Begriffe »Zionist« und »Israeli« dienen in antizionistischen Kreisen lediglich als Chiffre für das Wort »Jude«.

### **3. »Hinter dem Faschismus steht das Kapital«. Nationalsozialismus, Antisemitismus und die radikale deutsche Linke**

Nach der Entführung der Air-France-Maschine nach Entebbe und der dortigen Selektion jüdischer Passagiere im Juni 1976, den Reaktionen auf den israelischen Libanonkrieg und den Ausbruch der Intifada, vor allem jedoch seit dem Beginn der 90er Jahre sahen sich die linksradikalen Israel-Feinde auch aus dem eigenen politischen Lager zahlreichen Antisemitismusvorwürfen ausgesetzt. Die daran anschließenden Auseinandersetzungen um linken Antisemitismus sorgten zwar bei Teilen der radikalen Linken für die Abkehr von einer allzu vehement vorgetragenen Israel-Feindschaft bzw. einer stärkeren Sensibilisierung im Umgang mit dem Staat der Überlebenden des Holocaust. Insbesondere Vertreter traditionsmarxistischer Gruppierungen, die Reste der Antimps und Teile der autonomen Szene zeigten sich jedoch in der Regel immun gegenüber solchen Aufklärungsversuchen.

*Eine* Ursache dieser Ignoranz gegenüber antisemitischen Argumentationsmustern ist im traditionsmarxistischen, antiimperialistischen und autonomen Verständnis von Nationalsozialismus bzw. Faschismus – der Begriff Nationalsozialismus wird in diesem Spektrum auch weiterhin zumeist vermieden – zu suchen. Trotz der zahlreichen hervorragenden Faschismusanalysen, die im Umfeld der Protestbewegung der 60er und 70er Jahre erstellt wurden (Johannes Agnoli usw.), kommt das Faschismusverständnis eines großen Teiles der linksradikalen Öffentlichkeit nur selten über die Demonstrations-Parole »Hinter dem Faschismus steht das Kapital« hinaus. Faschismus bzw. Nationalsozialismus werden, ähnlich wie bis 1989 in der DDR, als Extremform des Kapitalismus und des Imperialismus dargestellt

und gleichsam darauf reduziert. In einer Stellungnahme der Göttinger Antifa M, bis zu ihrer Auflösung im April 2004 eine der bundesweit bedeutendsten autonomen Antifa-Gruppen, wurde 1994 erklärt: »Für uns ist Faschismus nur eine bestimmte Spielart des imperialistischen Machtapparates. Damit ist Faschismus Teil des ökonomischen Unterdrückungsapparates, der heute weltweit herrscht. Gegen Faschismus zu kämpfen, heißt also, das System zu bekämpfen, das eigentlich dahinter steht [...] Faschismus ist für uns auch der computerüberwachte Staat; er muss nicht immer mit Hakenkreuzfahne und Marschkolonnen daherkommen.« [83]

Nicht zuletzt als Reaktion auf die seit 1997 zu beobachtende positive Bezugnahme großer Teile des antideutschen Lagers auf Daniel Jonah Goldhagens Untersuchung »Hitlers willige Vollstrecker« – Goldhagen hatte bekanntlich die Beteiligung der »ganz normalen Deutschen« am Holocaust thematisiert – wurde in der Zeitschrift Linksruck ausgeführt: »Nicht ›die‹ Deutschen haben die Juden vergast, sondern die SS.« [84] Der Unterschied zwischen Tätern und Opfern, zwischen »Krupp und Krause«, so ergänzte Klaus Wagner, Autor der Marxistischen Blätter, werde durch den stetigen Hinweis darauf, dass Auschwitz ein »deutsches Verbrechen« sei, verwischt. [85] Goldhagen sei entgangen, so wurde auch im Antifaschistischen Info-Blatt (AIB), der wohl bedeutendsten bundesweit erscheinenden Antifa-Publikation, erklärt, dass die deutsche Arbeiterbewegung, »gegen die der Antisemitismus als ideologische Waffe zu Felde geführt wurde, mit Erfolg jede antisemitische Tendenz in ihren Reihen über Jahrzehnte zurückgewiesen« habe. [86]

Anhand dieser Äußerungen wird eines deutlich: Die deutsche Bevölkerung und insbesondere die Arbeiterschaft wird in weiten Teilen der radikalen Linken als Opfer des Nationalsozialismus betrachtet; die oftmals willige Integration in die NS-Volksgemeinschaft wird geleugnet und die Volksgemeinschaft als rein »ideologisches Konstrukt« der Nationalsozialisten zur Niederhaltung der Arbeiter begriffen. [87] »Als man sich zu Beginn der Siebziger verstärkt dem eingebildeten revolutionären Subjekt Proletariat zuwandte,« so ein Beobachter in einem Rückblick auf die Genese der linksradikalen NS- und Holocaust-Wahrnehmung, »galt Auschwitz bestenfalls als Sammelmetapher für all die Sauereien, die der Kapitalismus auf Lager hat, wenn er nicht so bald wie möglich beseitigt wird.« [88] Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden war nach Auffassung weiter Teile der radikalen deutschen Linken nicht das Hauptkennzeichen des Nationalsozialismus, sondern ein nebensächliches Phänomen, das sich den außen- und innenpolitischen Zielen der Monopolbourgeoisie unterordnete. Der Holocaust, so wurde noch im Oktober 2001 auf einer Tagung der DKP-nahen Marx-Engels-Stiftung behauptet, sei eine der grauenhaftesten, »aber im historischen Kontext sicher nicht entscheidende[n] Seite[n]« des Nationalsozialismus [89]; hinter dem »mystischen Nebelvorhang des Unbegreiflichen« verschwinde die »betriebswirtschaftliche Rationalität der Kriegs- und Profitproduktion von Monowitz« [90].

Ein solches Faschismus- und Antisemitismusverständnis ermöglicht es, die Faschismus- und Antisemitismusvorwürfe gegen die linken Israelfeinde mit der Behauptung zurückzuweisen, die Juden seien selbst zu Faschisten geworden – eine Unterstellung, die bereits unterschwellig den Aufruf zu neuerlicher Gewalt beinhaltet: Wenn die Juden die Nazis von heute sind, dann lautet

die logische Schlussfolgerung, dass sich wahrer Antifaschismus gegen die Juden-Zionisten zu richten habe. Der inneren Logik des antizionistischen Weltbildes folgend, erklärte eine antiimperialistische Gruppierung 1991, die Folgerung aus Auschwitz sei der Kampf gegen »Rassismus, Antisemitismus, Verfolgung und Faschismus«, der auch bzw. »gerade« den »Kampf gegen den Staat ›Israel‹ und für Palästina« mit einschließe. [91] Das antizionistische Selbstverständnis bietet somit nicht nur die Möglichkeit, sich vollkommen ahistorisch mit einem so genannten »revolutionären« oder »autochthonen Volk« zu identifizieren. Es erteilt, wie Detlev Claussen in seinem »Versuch über den Antizionismus« darlegt, gleichzeitig wieder die »Berechtigung, auch einmal Juden zu verfolgen – und sei es auch nur mit Kritik«. [92]

#### **4. Von der »Neuen« zur deutschen Linken. Die radikale Linke und ihre Liebe zum Volk**

Die Hegemonie des antiimperialistischen Weltbildes in der Welterklärung eines Großteils der radikalen deutschen Linken sowie die traditionsmarxistische, antiimperialistische und autonome Sicht auf Nationalsozialismus und Antisemitismus erklären zwar teilweise, warum Vertreter der radikalen Linken seit den späten 60er Jahren bedingungslose Solidarität mit den Palästinensern forderten, bei der Beschreibung der israelischen Politik auf antisemitische Stereotypen zurückgriffen und die Politik des jüdischen Staates mit der politischen Praxis des Nationalsozialismus gleichsetzten. Sie geben allerdings weder Aufschluss darüber, warum lediglich die PLO und die mit ihr konkurrierenden palästinensischen Organisationen, nicht jedoch die zionistischen Gruppierungen als nationale Befreiungsbewegungen betrachtet wurden. Noch vermögen sie eine ausreichende Erklärung dafür zu bieten, warum die israelische Politik besonders exzessiv mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt wurde und weite Teile der radikalen Linken auch nach dem Ende der Blockkonfrontation weiterhin vehement für die »Sache des palästinensischen Volkes« eintreten. Boten die Programmatik und das Vokabular der verschiedenen in der PLO vereinigten und mit ihr konkurrierenden Gruppierungen in der Hochphase der Palästina-Solidaritätsbewegung partiell immerhin noch Bezugspunkte für revolutionäre Hoffnungen der radikalen Linken in den Metropolen, finden sich spätestens seit dem Ende der Systemauseinandersetzung keine emanzipatorischen Forderungen mehr in ihren Stellungnahmen und Erklärungen.

Die schier unverbrüchliche Treue der radikalen deutschen Linken zum antiisraelischen Kampf der Palästinenser steht im Zusammenhang mit einer bereits vor 1989/90 vollzogenen Wandlung von Kategorien antikapitalistischer Analyse: So war das Marxsche Diktum »die Arbeiter haben kein Vaterland« spätestens seit der Modifikation des Marxismus durch Lenin, Stalin und Mao einer romantischen Verherrlichung guter und unterdrückter Völker, völkischen Befreiungsmythen und dem Verweis auf ein »Selbstbestimmungsrecht der Völker« gewichen. [93] Je intensiver sich die Vertreter der »Neuen«, in den 60er Jahren in Abgrenzung zum Traditionsmarxismus entstandenen radikalen Linken auf die Klassiker des Leninismus und Maoismus bezogen – nicht nur die K-Gruppen, selbst viele antiautoritäre Zusammenschlüsse griffen auf leninistische und maoistische Kategorien zurück –, um so stärker wandelte sich auch ihre Vorstellung von Internationalismus. Pfl egte die »Neue Linke«, wie Dan Diner in

einem Rückblick auf deren politische Theorie und Praxis feststellte, in der Aufbruchphase um 1967/68 vor allem einen Internationalismus »in einem sehr jüdischen, nämlich kosmopolitischen Sinn« [94], wurden die Rhetorik und Programmatik der Protestbewegung mit stärkerer Orientierung ihrer Protagonisten am marxistisch-leninistischen bzw. maoistischen Weltbild zunehmend von einer Glorifizierung so genannter »unterdrückter Völker« geprägt.

Zu dieser Idealisierung von »Ethnizität« gesellte sich – nicht zuletzt bei denjenigen, die sich dem autoritären Parteikommunismus der K-Gruppen verweigert hatten – Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre schließlich die positive Bezugnahme auf Kategorien wie »Kultur«, »Autochthonie« und »kulturelle Identität«. [95] »In den 80er Jahren«, so Ulrich Menzel, »folgte der Paradigmenwechsel von der politökonomischen Analyse zur Wiederentdeckung der Kultur...« [96] Kultur wurde nicht mehr in ihrer gesamten Widersprüchlichkeit wahrgenommen; ihr wurde vielmehr per se ein emanzipatorischer Gehalt und ein Widerstandspotential gegen die kritisierte Vereinheitlichung von Lebensstilen in der kapitalistischen Gesellschaft zugeschrieben. [97] Kapitalismuskritik mutierte so allmählich zur Kritik der Moderne und der Zivilisation; antikapitalistische Agitation schlug um in antiwestliches Ressentiment; und die Kritik an Ausbeutung und Unterdrückung wurde zur Kritik der »Amerikanisierung«. [98]

Wenn die Vertreter der radikalen deutschen Linken trotz dieses veränderten Kategoriensystems zumeist vor fatalen Schulterschlüssen mit fragwürdigen Bewegungen in der Dritten Welt bewahrt blieben, so sind die Gründe hierfür nicht zuletzt in der Existenz der Sowjetunion, der damit verbundenen partiellen Orientierung der nationalstaatlichen Bewegungen an der dort gepflegten Rhetorik – bekanntlich das Billet für den Eintritt in die Handelsstrukturen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) – sowie dem mäßigenden Einfluss der sowjetischen Politik auf die entsprechenden Gruppierungen zu suchen. [99] Mit den Veränderungen der Jahre 1989/90 entfielen die Sowjetunion und der RGW jedoch als Korrektiv; nationalistische und völkische Elemente, die von der marxistisch-leninistischen Rhetorik ohnehin oftmals nur mühsam kaschiert worden waren, dominierten nun häufig endgültig die Programmatik und die politische Praxis der verschiedenen Gruppierungen im Trikont. Da sich die Solidaritätsarbeit eines großen Teiles der radikalen Linken zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits weniger auf emanzipatorische Forderungen der unterstützten Organisationen in der Dritten Welt als vielmehr auf deren Verteidigung der »eigenen Kultur« gegen äußere Einflüsse bezog, sorgte auch ihre langsame Abkehr von sozialistischer Programmatik in der Phase der Auflösung des Ostblockes nur noch partiell für Verunsicherung. Ein Teil des marxistisch-leninistischen, autonomen und antiimperialistischen Spektrums hielt zwar auch nach 1989 an der Praxis fest, nationalstaatlichen Bewegungen oder Guerillagruppierungen unabhängig von ihrer politischen Praxis oder allein aufgrund ihrer verbalen, symbolischen oder tatsächlichen Militanz einen emanzipatorischen Gehalt zuzuschreiben. Immer häufiger wurde jedoch auf solche Projektionen verzichtet und nur noch affirmativ auf antimodernistische Tendenzen in den entsprechenden Organisationen verwiesen. Statt den Entwicklungsländern Geld für ihre ökonomische und politische

»Gesundung« zur Verfügung zu stellen, so empörte sich ein Autor der Jungen Welt, werde »auf schmachlichste Art versucht, die Dritte Welt zu amerikanisieren« [100]; in der Autonomen-Zeitschrift Interim beschwerte man sich darüber, dass es linksradikale Flugblätter mit der Überschrift »Lang lebe die Zivilisation!« gebe [101]; und in der Online-Zeitschrift Kalaschnikow wurde der Islamismus als der »universalistische Interna[tiona]lismus der arabischen Welt« [102] gefeiert: »Die islamistischen Volksbewegungen in Arabien kämpfen unter religiösen Vorzeichen für nationale Unabhängigkeit und die Lösung der sozialen Frage. Die Linke in Europa braucht über die rückständigen Erscheinungsformen und religiösen Mystizismus dieser Bewegungen nicht die Nase zu rümpfen und politische Korrektheit einfordern. Der Charakter dieser Bewegungen entspricht dem Entwicklungsstand des Nahen Ostens. Revolutionär ist der Islamismus dann, wenn die Parole von der Schaffung eines arabischen Nationalstaates und der Kampf gegen den Imperialismus Ernst gemeint sind. Das Frauen auch unter dem Schleier Parlamentsabgeordnete und Professorinnen werden können, zeigt der Iran [alle Fehler im Original; J.G.]« [103]

Während sich die Verherrlichung »unterdrückter Völker«, ihrer Kultur und ihrer »kulturellen Identitäten« zunächst vor allem auf die Gegebenheiten der Dritten Welt bezog, kommt bereits in zahlreichen Schriften der radikalen Linken aus den 70er Jahren das Bedürfnis zum Ausdruck, die Kategorien des Befreiungsnationalismus auch auf Deutschland anzuwenden. »Über den Umweg der Dritten Welt«, so Dan Diner, »hat sich ein positiver Bezug zur nationalen Identität, zu Deutschland hergestellt.« [104] Die Revolutionären Zellen erklärten im Juni 1976, sie würden ihren Kampf »als den eines kolonisierten Volkes, dessen Territorium von der bundesdeutschen Regierung dem US-Imperialismus als Hauptversorgungsgebiet und als militärische und strategische Zentrale [...] bereitgestellt wurde«, betrachten. [105] In der Zeitschrift Der Maoist wurde 1975 »die konsequente Verteidigung der Unabhängigkeit der BRD gegen den Sozialimperialismus« [106] – gemeint ist die Sowjetunion – gefordert; der Schriftsteller Hermann Peter Piwitt beschwerte sich 1981 in der Zeitschrift Konkret über ein gedrücktes Nationalgefühl, dem die revolutionären nationalen Traditionen abgeschnitten worden seien, eine »amerikahörige Kultivation« und eine »Yankee-Sprache«, »die mit ›Fighting‹ und ›dope‹, ›Power‹ und ›message‹ uns selbst dort noch beherrscht, wo wir Widerstand leisten« [107]; und Thomas Schmid, zum damaligen Zeitpunkt Redakteur der Zeitschrift Autonomie, erklärte 1978: »Ich mag diese Unterwürfigkeit nicht mehr: von ausländischen Genossen nur akzeptiert zu sein, wenn ich mein eigenes Land verleugne. Das ist eine Sackgasse, das steht in der Tradition der imperialistischen Entnazifizierung durch die gottverdammten Yankees, die die Demokratie bei uns verordnet haben.« [108]

Diese Versuche, die Kategorien des Befreiungsnationalismus auch auf die Situation in der Bundesrepublik anzuwenden, gingen einher mit der Wiederentdeckung des deutschen Proletariats bzw. – das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) erhob 1974 die Forderung »Deutschland dem deutschen Volk!« [109] – des »deutschen Volkes«. War die Protestbewegung der 60er Jahre in ihrer Anfangsphase noch stark von Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, Herbert Marcuse und ihrer pessimistischen Einschätzung des revolutionären Potentials der Arbeiterschaft in den Industrieländern geprägt,

trat seit dem Beginn der 70er Jahre ein maoistisch bzw. marxistisch-leninistisch geprägter Proletkult an die Stelle der Auseinandersetzungen mit der Kritischen Theorie. Die deutlichsten Zeichen für diesen Wandel waren die Auflösung des eher bewegungsorientierten SDS und die Gründung zahlreicher dogmatischer Kaderparteien, die sich als alleinige Avantgarde des deutschen Proletariats bzw. Volkes betrachteten. Während Marcuse seine Hoffnungen vor allem in Randgruppen wie Studenten, »Gammler« oder die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt setzte, hofften die K-Gruppen zusätzlich wieder auf die Arbeiterschaft der Industrienationen.

In gleichem Maße wie die positive Bezugnahme auf das »deutsche Proletariat« und das »deutsche Volk« zunahm, wurde die noch 1968 offen kritisierte NS-Vergangenheit der »ganz normalen Deutschen« immer weniger thematisiert: »So wenig sich die bundesdeutsche Linken seit den 70er Jahren für die Opfer der deutschen Eroberungs- und Vernichtungspolitik interessierten oder sich gar mit den Überlebenden solidarisierten, so wenig befassten sie sich mit den Tätern. Nur in den kurzen Jahren des Aufbruchs um 1968 quälten sich deutsche Linke ernsthaft mit der Frage, was ihre Eltern »damals« gemacht hatten, protestierten sie gegen alte Nazis, die wieder an den Universitäten lehrten und gegen den einen oder anderen Politiker, der als ehemaliger Nazi »enttarnt« wurde.« [110] »Das Motiv des Linkswerdens,« so auch Detlev Claussen, »das »Nie wieder Auschwitz«-Postulat, war Mitte der siebziger Jahre so gut wie vergessen.« [111]

Diese Verdrängung steht nicht nur zeitlich, sondern auch inhaltlich in unmittelbarem Zusammenhang mit der Wiederentdeckung des deutschen Volkes und seines Proletariats, der unkritischen Bezugnahme auf Größen wie Kultur und »kulturelle Identität« sowie der Übertragung der Kategorien des Befreiungsnationalismus auf die Situation in Westeuropa. Alle drei Motive stoßen in Deutschland notwendigerweise an eine »absolute Schranke« [112]: Auschwitz. Der Identifikation mit »dem Volk« – die zentrale Grundlage für die Anwendung der Kategorien des Befreiungsnationalismus auf das Herkunftsland – stehen in Deutschland die Verbrechen des Nationalsozialismus im Wege. [113] Zwar wird die deutsche Bevölkerung im Rahmen der linksradikalen Vulgärauffassung von Faschismus und Nationalsozialismus von der Schuld für die Verbrechen des Nationalsozialismus freigesprochen. Allein die Wut und die Vehemenz, mit denen die von niemandem erhobene Kollektivschuldthese immer wieder als »rassistisch« oder als Arroganz »kolonialistischer Eroberer« denunziert wird [114], zeugen jedoch von der Ahnung von der tatsächlichen Integration der deutschen Bevölkerung in das System der nationalsozialistischen Verbrechen. [115]

Diese Verbrechen wiederum, die der Identifikation mit dem »deutschen Volk« im Wege stehen, finden ihre Manifestation vor allem in der Existenz des Staates, der sich als Staat der Überlebenden des Holocaust begreift. »Wer von Israel spricht,« so Detlev Claussen, »thematisiert, ob er will oder nicht, die Massenvernichtung der europäischen Juden.« [116] Eben dieser Zusammenhang zwischen der Gründung des jüdischen Staates und der deutschen Tat Auschwitz soll durch die Gleichsetzungen von Zionismus und Nationalsozialismus, von Auschwitz und Djenin suspendiert werden. Angesichts der stetig wiederholten Formel »Jude gleich Nazi« verwies der Publizist Alain Finkielkraut bereits vor mehr als 20 Jahren auf die

tatsächliche Funktion der Faschismusvorwürfe an Israel: »Allein der Vergleich an sich ist schon ein Skandal. Man muss um jeden Preis Auschwitz aus dem Gedächtnis der Menschen auslöschen wollen, um einen solchen Vergleich anzustellen. Tatsächlich werden sich an dem Tag an dem man bewiesen hat, dass die Opfer genauso schuldig sind, wie die Henker, die Henker oder die Kinder der Henker erleichtert fühlen.« [117]

Die Faschismusvorwürfe an Israel stehen insofern keineswegs, wie regelmäßig von israelfeindlicher Seite behauptet, im Zusammenhang mit der israelischen Politik. Sie entspringen vielmehr dem Bedürfnis, endlich auch einmal die Juden als Täter vorführen und damit die Deutschen indirekt entlasten zu können. [118] Ohne es direkt auszusprechen, kreisen all diese Auseinandersetzungen damit um den zentralen Komplex Schuld und Abwehr: »Weil gerade die Linken hier weder den Nationalsozialismus noch Auschwitz begriffen haben, weil sie ersteren mit einem besonders tyrannischen Regime und letzteres mit einem besonders grausamen Blutbad verwechseln, deshalb haben sie die Hoffnung nicht aufgegeben, das Unrecht, welches sie anderswo entdecken, könne Deutschland entlasten. Wenn sich die deutsche Vergangenheit schon nicht verteidigen und rechtfertigen lässt, dann soll wenigstens niemand besser sein, und schon gar nicht die Juden. [...] Die Unterdrückung und Verfolgung der Palästinenser durch Israel wird so genau beobachtet und so leidenschaftlich angeprangert, weil sie beweisen soll: es gibt keinen Unterschied.« [119]

Anders als es die deutschen Israel-Feinde stetig für ihr Handeln in Anspruch nehmen, wird Israel somit nicht als ganz normaler Staat betrachtet; es dient vielmehr als Projektionsfläche für die Vergangenheitsbewältigung des Kollektivs, dem sich auch die linksradikalen Antizionisten unterschwellig verbunden fühlen. Die Wut und der Hass, mit denen den antisemitischen Stereotypen, die das antiimperialistische Weltbild bei seiner Anwendung auf Israel automatisch produziert, schließlich andere antisemitische Stereotypen hinzugefügt werden, hat seine Ursache wiederum im Verlangen nach der Befreiung von der historischen Last eben dieses Kollektivs. »Die Abwehr der Erinnerung an das Unsägliche das geschah,« so charakterisierten Adorno und Horkheimer den deutschen Umgang mit Schuld bereits Ende der 50er Jahre, »bedient sich eben der Mittel, die es bereiten halfen«: [120] »antisemitischer Projektionen, die lediglich eine neue Ausprägungsform erhalten« [121]. Die Entschuldungsbedürfnisse des linksradikalen Flügels der Täternation haben Auschwitz damit zum Ausgangspunkt eines neuen, »sekundären« Antisemitismus, eines Antisemitismus nicht trotz sondern »wegen Auschwitz« [122] werden lassen.

## **5. Schluss. Die Transformation des Antizionismus**

Kaum einem Staat wurden und werden von Seiten der radikalen deutschen Linken solche Aggressionen entgegengebracht, wie Israel. Diese Hassgefühle stehen nicht im Zusammenhang mit der konkreten Politik der verschiedenen israelischen Regierungen. Der jüdische Staat wird vielmehr angefeindet, weil sich in ihm die Erinnerung an die deutschen Verbrechen am deutlichsten manifestiert. Israel steht dem – auch in weiten Teilen der radikalen Linken ersehnten – offenen und lautstarken Bekenntnis zu Deutschland, »Heimat« oder dem »deutschen Volk« allein aufgrund seiner Existenz im Wege. Zwar lässt sich nicht

leugnen, dass die israelfeindlichen Aggressionen innerhalb der radikalen deutschen Linken zumeist in Folge »nahostpolitischer« Ereignisse reaktiviert oder gesteigert wurden. [123] Allein die Divergenz zwischen dem tatsächlichen Anlass des jeweiligen Ausbruchs – dem Einmarsch der israelischen Truppen in die Autonomiegebiete, verstärkten Repressionsmaßnahmen gegen Palästinenser usw. – und dessen Bewertung innerhalb der radikalen deutschen Linken – Vergleich mit der Politik des Nationalsozialismus und dem Holocaust – verdeutlicht jedoch: Die zentrale Beziehung zwischen den Ereignissen in und um Israel und den darauf folgenden Reaktionen innerhalb der radikalen deutschen Linken lässt sich nicht in ein einfaches Ursache-Wirkung- bzw. Aktion-Reaktion-Schema einordnen. Sondern: Die Ereignisse im Nahen Osten dienen lediglich als Stimulans für den Ausbruch ohnehin vorhandener Ressentiments. [124]

Zwar haben diese Ressentiments ihre über Jahrzehnte hinweg gültige Funktion als verbindendes Element einer ansonsten gespaltenen radikalen Linken seit 1989/90 verloren – die antideutsche bzw. pro-israelische Linke ist bekanntlich nicht mehr so marginal wie noch zu Beginn der 90er Jahre. Im Rückblick scheint die antideutsche Agitation gegen Volk, Staat und Nation jedoch vor allem eines geleistet zu haben: einen, wenn auch unfreiwilligen Beitrag zur Transformation des Antizionismus. So erfreuen sich die völkischen Argumentationsmuster der Palästina-Komitees der 70er und 80er Jahre seit einigen Jahren zwar wieder erstaunlicher Beliebtheit innerhalb der radikalen deutschen Linken. Insbesondere im autonomen, postautonomen und Antifa-Spektrum wird das Existenzrecht des jüdischen Staates jedoch immer häufiger unter Verweis auf den allgemeinen Zwangscharakter von Staaten abgelehnt. »Zumindest bei den jüngeren Linken«, so umschrieb Jürgen Elsässer diese Tendenz bereits kurz nach Ausbruch der Al-Aqsa-Intifada, »scheint der Antizionismus eher von Rosa Luxemburg als von Lenin und Stalin zu kommen...« [125]

Wenn insofern auch eine Ausdifferenzierung und eine partielle Transformation der antizionistischen Argumentation stattgefunden hat, haben sich die Ausdrucksformen und die Hintergründe des linken Hasses auf Israel nicht verändert: Wollen die traditionellen Antizionisten ihre Liebe zu den Völkern in erster Linie durch die Vernichtung Israels zum Ausdruck bringen, versuchen die »antinationalen« Gegner Israels ihre vermeintliche Staatsfeindschaft vorrangig in der Forderung nach der Zerstörung des *jüdischen* Staates und der Verbrennung israelischer Nationalfahnen auszuleben. »Die Deutschen«, so verwies Henryk M. Broder bereits 1986 auf das übergreifende Motiv dieser Vernichtungswünsche, »werden den Juden Auschwitz nie verzeihen.« [126]

## Fußnoten

[1] Henryk M. Broder: Der ewige Antisemit, Frankfurt am Main 1986, S. 74.

[2] Aus der Rede des sowjetrussischen Außenministers Gromyko in der Sitzung der United Nations am 14. Mai 1947, in: Ernst Bloch u.a.: Frieden im Nahen Osten, Frankfurt am Main 1967, S. 11.

[3] Zit. nach: Martin W. Kloke: Zwischen Scham und Wahn, in: Hermann L. Gremliza (Hrsg.): Hat Israel noch eine Chance?, Hamburg 2001, S. 209.

[4] Ebd., S. 210.

[5] Ders.: Israel und die deutsche Linke, 2. Auflage, Frankfurt am Main 1994, S. 95.

- [6] Vgl. Thomas Haury: Der Antizionismus der Neuen Linken der BRD von 1967 bis Anfang der 90er Jahre, in: Calcül 6 (1999), S. 29.
- [7] Die Beiträge, die Ernst Bloch, Iring Fetscher u.a. anlässlich der Kundgebung »Für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten und für das Lebensrecht des Staates Israel« am 27. Juni 1967 in der Universität Frankfurt hielten, sind dokumentiert in: Ernst Bloch u.a.: Frieden im Nahen Osten.
- [8] Zit. nach: Detlev Claussen: Im Hause des Henkers, in: Dietrich Wetzels (Hrsg.): Die Verlängerung von Geschichte, Frankfurt am Main 1983, S. 115.
- [9] Vgl. Ulrike Meinhof: Die Würde des Menschen ist antastbar, Berlin 1992, S. 100 ff.
- [10] Vgl. Martin W. Kloke: Zwischen Scham und Wahn, S. 213.
- [11] Zit. nach: ders.: Israel und die deutsche Linke, S. 125.
- [12] Vgl. Jean Améry: Der ehrbare Antisemitismus, in: Merkur 7 (1976), S. 536.
- [13] Zur Phraseologie der israelfeindlichen Gruppierungen vgl. Thomas Haury: Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus, in: Léon Poliakov: Vom Antizionismus zum Antisemitismus, Freiburg 1992, S. 141-151.
- [14] Vgl. Martin W. Kloke: Israel und die deutsche Linke, S. 142.
- [15] Vgl. ders.: Zwischen Scham und Wahn, S. 215.
- [16] Vgl. ders.: Israel und die deutsche Linke, S. 140.
- [17] Vgl. ders.: Zwischen Scham und Wahn, S. 216.
- [18] Zur Flugzeugentführung nach Entebbe vgl. u.a. Jan Gerber: Auf der Suche nach Normalität. Der Antizionismus der westdeutschen Stadtguerilla, in: Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte 10 (2000), S. 15 ff.
- [19] Zit. nach: Henryk M. Broder: Linker Antisemitismus? In: Karlheinz Schneider, Nikolaus Simon (Hrsg.): Solidarität und deutsche Geschichte, Berlin 1984, S. 22.
- [20] Zit. nach: ebd.
- [21] Vgl. Jan Gerber: Auf der Suche nach Normalität, S. 15 ff.
- [22] Vgl. Martin W. Kloke: Israel und die deutsche Linke, S. 221.
- [23] Vgl. ebd., S. 224 ff. Dort finden sich auch zahlreiche weitere Beispiele.
- [24] Vgl. hierzu den Neuabdruck einiger Texte der Debatte in: 20 Jahre taz. Das Journal (April 1999), S. 31 f.
- [25] Vgl. Wolfgang Pohrt: Entlastung für Auschwitz, in: ders.: Kreisverkehr, Wendepunkt, Berlin 1984; ders.: Linksradikalismus und nationaler Befreiungskampf, in: ebd. Beide Texte erschienen erstmals 1982 in der Taz.
- [26] Vgl. Antifaschistische Aktionsgruppen: Erklärung, in: 20 Jahre taz, S. 31 (Neuabdruck des Bekennerschreibens).
- [27] O.A.: Das zionistische Staatengebilde »Israel« muß verschwinden, in: Redaktion Arbeiterkampf (Hrsg.): Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina, Hamburg 1988, S. 50.
- [28] Vgl. u.a. Basisgruppe Geschichte: »Der Holocaust-Kredit ist längst verspielt...«, in: Calcül 6 (1999), S. 40.
- [29] Zu den Auseinandersetzungen um das Wandbild vgl. ebd. Ähnliche Parolen fanden sich auch in anderen Städten: So wurde u.a. 1988 am Juzi, einem der damaligen Zentren der Göttinger autonomen Szene, ein meterhohes Plakat mit der Aufschrift »Unterstützt keine Folter- und Rassistenregimes – Boykottiert Israel!« angebracht. Vgl. ebd., S. 42.
- [30] Frank Tiresias: Vom Libanon bis zum Golfkrieg, in: Graswurzelrevolution 258 (April 2001).
- [31] Initiative Sozialistisches Forum: Antizionismus – Ein neuer Antisemitismus von Links, in: dies.: Das Ende des Sozialismus, die Zukunft der Revolution, Freiburg 1990, S. 106.
- [32] Die Auseinandersetzung ist dokumentiert in: Redaktion Arbeiterkampf (Hrsg.): Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina.
- [33] Vgl. Barbara Debus: Hoch lebe der Volksaufstand, in: ebd., S. 77.
- [34] Eine umfangreiche Darstellung der Auseinandersetzungen während der 90er Jahre findet sich in ...
- [35] Zur Erinnerung: Im August 1990 besetzten irakische Truppen das Ölscheichtum Kuwait, der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen forderte einen Rückzug der irakischen Streitkräfte und stellte hierfür ein Ultimatum. Saddam Hussein drohte daraufhin, Israel, das in diesem Konflikt bis dato nicht beteiligt war, im Falle eines alliierten Militärschlages mit Giftgas-Raketen – hergestellt mit deutscher Hilfe – anzugreifen und auszuradieren.
- [36] Das Interview erschien zunächst in der Jerusalem Post und ist vollständig wiederabgedruckt bei: Henryk M. Broder: Unser Kampf, in: Klaus Bittermann (Hrsg.): Liebesgrüße aus Bagdad, Berlin 1991.
- [37] K., Hamburg: Logik, Konsequenz und Antisemitismus, in: AK 328 (11. März 1991); Dietrich Schulze-Marmeling: Versuch, die Israel-Debatte auf die Füße zu stellen, in: AK 328

- (11. März 1991); Meno Hochschild: Antisemitismus, Zionismus und Israel, in: Homepage des Arbeitskreises marxistische Theorie und Politik ([http://www.ak-marxismus.de/standpunkte/palaestina/antisemitismus\\_zionismus\\_israel...](http://www.ak-marxismus.de/standpunkte/palaestina/antisemitismus_zionismus_israel...)), 15. Oktober 2002.
- [38] Vgl. Jürgen, Stuttgart: Die anti-deutsche Orientierung in der (Golf-)Krise, in: AK 328 (11. März 1991).
- [39] Meno Hochschild: Antisemitismus, Zionismus und Israel.
- [40] Dieter Elken: Israel und die deutsche Linke, in: Homepage des Arbeitskreises marxistische Theorie und Politik ([http://www.ak-marxismus.de/standpunkte/palaestina/israel\\_deutsche\\_linke.html](http://www.ak-marxismus.de/standpunkte/palaestina/israel_deutsche_linke.html)), 16. Oktober 2002.
- [41] Eike Geisel, in: Daniel Gaede, Eike Geisel, Yaron Matras, Gabi Gottwald, Jochen Hippler, Oliver Tolmein: »Das kann man nicht verlangen« (Diskussion), in: Konkret 4 (1991), S. 13.
- [42] Hermann L. Gremliza: Richtig falsch, in: Konkret 3 (1991), S. 8.
- [43] Joachim Bruhn: Giftgas und Pazifismus, in: Klaus Bittermann (Hrsg.): Liebesgrüße aus Bagdad, S. 136.
- [44] Initiative Sozialistisches Forum: Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten, Freiburg 2000, S. 9.
- [45] Martin W. Kloke: Ein abgeschlossenes Kapitel?, in: Konkret 5 (1998).
- [46] Werner Pirker: Aufstand in Permanenz, in: Junge Welt vom 11. Oktober 2000.
- [47] Anton Holberg: Kolonialpläne Israels abgelehnt, in: Junge Welt vom 24. Oktober 2000.
- [48] Markus Lehner (Gruppe Arbeitermacht): Nahost: Hintergründe eines Konfliktes, in: Homepage der Gruppe Arbeitermacht (<http://www.arbeitermacht.de/international/am60Nahost.htm>), 15. Oktober 2002.
- [49] Charly Kneffel: Vor einer neuen Intifada?, in: Kalaschnikow Online 4 (2000) (<http://www.kalaschnikow.net/de>) am 15. Oktober 2002.
- [50] Zit. nach: Horst Pankow: Wir sind alle Palästinenser, in: Konkret 12 (2000), S. 21.
- [51] Werner Pirker: Aufstand in Permanenz.
- [52] Fritz Teppich: Berliner Lockvogel, in: Junge Welt vom 2. November 2000.
- [53] Markus Lehner: Nahost: Hintergründe eines Konfliktes.
- [54] Werner Pirker: Quadratur des Kreises, in: Junge Welt vom 21. Oktober 2000.
- [55] Gruppe Mücadele: Stellungnahme der Gruppe Mücadele zur Diskussion um Israel und Palästina, in: Interim 520 (22. Februar 2001), S. 23. Wer mit den »revolutionären Gefangenen« in palästinensischen Gefängnissen gemeint ist, ist nicht klar, die politischen Häftlinge in israelischen Gefängnissen waren zu dieser Zeit vor allem Islamisten.
- [56] Thomas Ebermann erklärte hierzu: »Ein erster kleiner Hinweis: Wer in Deutschland also überhaupt debattiert, ob den Palästinensern ein Rückkehrrecht zusteht, ohne die neue Rolle, die Deutschland heute innehat, zu reflektieren, der handelt blauäugig oder mit Kalkül. Wer über die Erblichkeit des Vertriebenenstatus in Deutschland spottet, kann dies nicht anderen Ortes zur natürlichsten Sache der Welt erklären.« Thomas Ebermann: Volle Kanüle dagegen, in: Jungle World 22 (23. Mai 2001), S. 17.
- [57] Zit. nach: Die aktuelle Interim-Redaktion: Das Problem ist Antisemitismus, in: Interim 550 (9. Mai 2002), S. 3. Ein Beispiel: Sari Nusseibeh, zum damaligen Zeitpunkt Jerusalem-Beauftragter der Palästinensischen Autonomiebehörde, erklärte Ende 2000: »Natürlich wird Israel nicht die Forderung akzeptieren, dass vier Millionen Palästinenser in seine Grenzen zurückkehren.« Man könne das Problem nicht in einer Weise lösen, so Nusseibeh, die die Existenz des Staates Israel als vorrangig jüdischen Staat unterminiere. Zit. nach: o.A.: Sari Nusseibeh und das Recht auf Rückkehr, in: Kalaschnikow Online 1 (2002), 19. Juni 2002.
- [58] Stefan Pribnow: Junge Welt vor erneuter Spaltung, in: Kalaschnikow Online 2 (2002), 20. Juni 2002.
- [59] Gruppe Arbeitermacht: Stoppt Israels Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser (10. März 2002), in: Homepage der Gruppe Arbeitermacht (<http://www.arbeitermacht.de/international/stopptisraelsvernichtungskrieg.htm>), 15. Oktober 2002.
- [60] Thomas Meyer-Falk: Polemik gegen die Anti-Deutschen-KommunistInnen, in: Trend Onlinezeitung 3 (2002) (<http://www.trend.partisan.net/trd0302/t240302.html>), 19. Juni 2002.
- [61] Werner Pirker: Einen anderen Zionismus gibt es nicht, in: Junge Welt vom 24. April 2002.
- [62] Keith Harvey, Martin Suchanek: Sieg der Intifada!, in: Homepage der Gruppe Arbeitermacht (<http://www.arbeitermacht.de/international/nieder%20mit%20der%20zionistischen%20und%20imperialistischen%20aggression.htm>), 15. Oktober 2002.
- [63] Die folgenden Erörterungen orientieren sich in weiten Teilen an dem immer noch grundlegenden Aufsatz von Thomas Haury: Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus.

- [64] Vgl. ebd., S. 141.
- [65] Revolutionäre Zellen: Erklärung zum Anschlag auf die Kantine der US-Streitkräfte, Frankfurt (Mai 1981), in: ID-Archiv (Hrsg.): Die Früchte des Zorns. Bd. 1, Berlin 1993, S. 373.
- [66] Zit. nach: Gruppe Demontage: Postfordistische Guerilla, 2. Auflage, Münster 1999, S. 229.
- [67] Werner Pirker: Die Oslo-Falle, in: Junge Welt vom 24. Oktober 2001.
- [68] Revolutionäre Zellen: Erklärung zu den Aktionen gegen BDI, BDA, IKH, Ausländerpolizei (Mai 1974), in: ID-Archiv (Hrsg.): Die Früchte des Zorns, S. 117.
- [69] Rolf Priemer: Wer Wind sät..., in: UZ Extraausgabe (12. September 2001).
- [70] Ebd.
- [71] Anton Holberg: Ein skandalöser Text, in: Kalaschnikow Online 2 (2002), 19. Juni 2002.
- [72] Stefan Steinberg: Konkret unterstützt das brutale Vorgehen des israelischen Staates gegen die Palästinenser (13. Dezember 2000), in: World Socialist Website (<http://wsws.org/de/2000/dez2000/konk-d13.shtml>), 17. Mai 2002.
- [73] Fritz Teppich: Zu Platz und Rolle Israels im Weltherrschaftskonzept der USA, in: Kalaschnikow Online 1 (2002), 20. Juni 2002.
- [74] Tanya Reinhart: Entfesselung des Bösen, in: Kalaschnikow Online 1 (2002), 19. Juni 2002.
- [75] Ebd.
- [76] Die strukturellen Affinitäten des marxistisch-leninistischen bzw. antiimperialistischen Weltbildes mit dem Weltbild des Antisemitismus werden äußerst detailliert herausgearbeitet von Thomas Haury: Antisemitismus von links, Hamburg 2002, S. 228-239.
- [77] Thomas Haury: Der Antizionismus der Neuen Linken, S. 31.
- [78] Vgl. ebd., S. 39.
- [79] Viktoria Waltz: Zur aktuellen Situation in Palästina und ihren Ursachen, in: Marx-Engels-Stiftung (Hrsg.): Israel, die Palästinenser und die deutsche Linke, Essen 2002, S. 16.
- [80] O.A.: Solidarität mit der Intifada!, in: Homepage der Gruppe Arbeitermacht (<http://www.arbeitermacht.de/international/palaestinaberichte1.htm>), 15. Oktober 2002.
- [81] Max Bruym: Palästina-Komitee München, in: Kalaschnikow Online 4 (2001), 19. Juni 2002.
- [82] Ebd. In zahlreichen antizionistischen Erklärungen finden sich ähnliche Aussagen. Das wohl bekannteste Beispiel stammt aus dem Grünen Kalender von 1983, in dem nicht nur zu lesen war, dass »angesichts der zionistischen Greuelthaten [...] die Nazigreuel« verblasen, sondern auch gefordert wurde: »Kauft nicht bei Juden«. Eine Abbildung der entsprechenden Seite findet sich bei Martin W. Kloke: Israel und die deutsche Linke, S. 229.
- [83] Antifa (M) Göttingen: Antifaschismus auf antiimperialistischer Grundlage (Interview), in: Projektgruppe (Hrsg.): Antifa. Diskussionen und Tips aus der antifaschistischen Praxis, Berlin, Amsterdam 1994, S. 56 ff.
- [84] Frank Renken: Ist Solidarität mit den Palästinensern antisemitisch? In: Linksruck Nr. 121 (9. Januar 2002).
- [85] Klaus Wagener: Mit der Anti-Antisemitismuspose den Imperialismus verteidigen, in: Marx-Engels-Stiftung (Hrsg.): Israel, S. 79.
- [86] O.A.: Der »eliminatorische Antisemitismus«, in: AIB 37 (1996), S. 32.
- [87] Vgl. Horst Pankow: Zwanghafte Objektfixierung, in: Bahamas 27 (1998), S. 48.
- [88] Ebd.
- [89] Klaus Wagener: Mit der Anti-Antisemitismuspose den Imperialismus verteidigen, S. 73.
- [90] Ebd., S. 79.
- [91] O.A.: Zum RZ-Papier »Ich geh weg, ich geh weg, ich geh weg und such was Neues«, in: Kritik macht uns nur stärker, 2., erweiterte Fassung, Berlin 1992, S. 19. Weitere Behauptungen, dass der Kampf gegen den Zionismus antifaschistisch sei, finden sich u.a. bei: Revolutionäre Zellen: Erklärung zur Aktion gegen die Israelische Import-Gesellschaft Agrexco, Frankfurt (Juni 1978), in: ID-Archiv (Hrsg.): Die Früchte des Zorns, S. 131-133.; Schwarze Ratten TW: Schalom und Napalm, in: Michael Baumann: Wie alles anfing, o.O. 1991, S. 77.
- [92] Detlev Claussen: Versuch über den Antizionismus, in: Léon Poliakov: Vom Antizionismus zum Antisemitismus, S. 18.
- [93] Vgl. u.a. Günther Jacob: Rechte Leute von links, in: Konkret 5 (1994), S. 14-20.
- [94] Dan Diner: Linke und Antisemitismus. Überlegungen zur Geschichte und Aktualität, in: Karlheinz Schneider, Nikolaus Simon (Hrsg.): Solidarität und deutsche Geschichte, S. 79.
- [95] Vgl. Andrea Ludwig: Die »Neue Linke« und die Nation, in: Guiseppe Orsi u.a. (Hrsg.): Nation, Nationalstaat, Nationalismus, Frankfurt am Main 1994, S. 107 ff.; Jürgen Elsässer: Make Love and War, Bonn 2002, S. 26-34, 75-94.

- [96] Ulrich Menzel: Das Ende der »Dritten Welt« und das Scheitern der großen Theorie, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS) 1 (1991), S. 27.
- [97] Vgl. Andrea Ludwig: Die »Neue Linke« und die Nation, S. 111.
- [98] Dieser Rekurs auf das national und kulturell Eigene schlug sich u.a. in den Reaktionen eines Teiles der radikalen Linken auf die Machtübernahme der Mullahs im Iran und in der positiven Bezugnahme auf die Mudjaheddin in Afghanistan nieder: In der Zeitschrift Konkret wurde der Amtsantritt Khomeinis 1982 einfühlend als der »bisher radikalste antikoloniale Aufstand« bzw. als Versuch, »dort wieder zu beginnen, wo der Kolonialismus anfang, iranische Identität zu zerstören«, beschrieben. Kai Hermann: Fremde Revolution, in: Konkret 7 (1982), S. 44. Zur Bezugnahme auf die Mudjaheddin vgl. Jürgen Elsässer: Make Love and War, S. 26 f.
- [99] Zahlreiche Ausnahmen – u.a. positive Bezugnahmen linksradikaler Gruppierungen der Bundesrepublik auf das Regime Pol Pots in Kambodscha – sind dokumentiert bei: Jochen Staadt: Die ewigen Sieger, in: Kursbuch 57 (1979).
- [100] Gerhard Branstner: Fanal Manhattan, in: Junge Welt vom 17. September 2001.
- [101] Frosch&Qualle&Haifisch: Die Hunde bellen und die Karawane weint, in: Interim 535 (4. Oktober 2001), S. 8.
- [102] Kolja Wagner: Palästina und die arabische Revolution, in: Kalaschnikow Online 2 (2002), 20. Juni 2002.
- [103] Ebd.
- [104] Dan Diner: Linke und Antisemitismus, S. 77.
- [105] Revolutionäre Zellen: Erklärung zum Anschlag auf den Offiziersclub der US-Army, Frankfurt (Juni 1976), in: ID-Archiv (Hrsg.): Die Früchte des Zorns, S. 160.
- [106] O.A.: Über die Lage und die Aufgaben im Kampf gegen den Hegemonismus, in: Der Maoist 1 (1975), S. 65, 81, zit. nach: Andreas Benl: Eins teilt sich in zwei, in: Bahamas 20 (1996), S. 16.
- [107] Hermann Peter Piwitt, Gerd Fuchs: Heimat ist ein besetztes Land (Interview), in: Konkret 9 (1981), S. 41.
- [108] Thomas Schmid, in: ders. u.a.: Gespräch über die politische Kultur in Deutschland (Diskussion), in: Heinz Brüggemann u.a. (Hrsg.): Über den Mangel an politischer Kultur in Deutschland, Berlin 1978, S. 112 f.
- [109] ZK der KPD/ML: Deutschland dem deutschen Volk! Erklärung des ZK der KPD/ML zur nationalen Frage, in: Der Weg der Partei 1 (1974), S. 6 f., zit. nach: Andreas Benl: Eins teilt sich in zwei, S. 19.
- [110] Ingrid Strobl: Das unbegriffene Erbe, in: Shelley Berlowitz u.a. (Hrsg.): Antisemitismus in der Linken, Zürich 1994, S. 12.
- [111] Detlev Claussen: Im Hause des Henkers, S. 117.
- [112] Dan Diner: Negative Symbiose, in: Babylon 1 (1986), S. 19.
- [113] Vgl. hierzu auch: ders.: Zwischen Aporie und Apologie, in: ders. (Hrsg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte?, Frankfurt am Main 1987, S. 64.
- [114] RAF: Erklärung zur Sache, in: ID-Archiv (Hrsg.): Rote Armee Fraktion, Berlin 1997, S. 211.
- [115] Zur Zurückweisung der Kollektivschuldthese vgl. u.a. Klaus Wagener: Mit der Anti-Antisemitismuspose den Imperialismus verteidigen, S. 73, 79; Frank Renken: Ist Solidarität mit den Palästinensern antisemitisch?; Gruppe Internationalistischer Feministinnen: Nachruf auf die RZ, in: Kritik macht uns nur stärker, S. 34.
- [116] Detlev Claussen: Versuch über den Antizionismus, S. 18.
- [117] Zit. nach: Susann Heenen: Deutsche Linke, linke Juden und der Zionismus, in: Dietrich Wetzell (Hrsg.): Die Verlängerung von Geschichte, S. 104.
- [118] Vgl. Thomas Haury: Deutscher Antiimperialismus, in: Jungle World 47 (1998), S. 16.
- [119] Wolfgang Pohrt: Entlastung für Auschwitz, S. 10.
- [120] Ders., Theodor W. Adorno: Vorwort, in: Paul W. Massing: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt am Main 1959, S. V.
- [121] Alex Gruber: Sekundärer Antisemitismus, in: Calcül 6 (1999), S. 47.
- [122] Dan Diner: Negative Symbiose, S. 10.
- [123] Nicht vergessen werden sollte in diesem Zusammenhang, dass es sich bei der Herstellung einer Verbindung zwischen der israelischen Politik und bestimmten Ereignissen selbst bereits um pathische Projektionen handelt. So stehen, wie vermutlich nicht erklärt werden muss, etwa die Anschläge vom 11. September in keinerlei Zusammenhang mit der Politik der israelischen Regierung. Sie werden nur deshalb zum »nahostpolitischen Ereignis«, weil sie von den Attentätern als Teil eines »heiligen Krieges« gegen die USA und Israel begriffen – und nahezu weltweit in dieser Form rezipiert und begrüßt – wurden.

[124] Wie die plötzliche Reaktivierung nahezu aller Stereotypen der Palästina-Solidarität der 80er Jahre nach Ausbruch der Al-Aqsa-Intifada zeigt, waren diese Ressentiments auch zwischen 1993 und 2000 nicht verschwunden. Aufgrund des Friedensprozesses zwischen Israelis und Palästinensern erhielten sie durch die Ereignisse im Nahen Osten jedoch vermutlich kein Stimulans bzw. konnten an anderen Ereignissen, Personen und Debatten (Goldhagen, Gollwitz usw.) abgearbeitet werden.

[125] Jürgen Elsässer: Sturm auf Massada, in: Konkret 12 (2000), S. 14.

[126] Henryk M. Broder: Der ewige Antisemit, S. 125.